

Denkt nur an Deutschland!

Mahnung des Reichskanzlers. — Das großzügige Programm der Reichsregierung. Keine Zwangsanleihe!

Münster, 28. August. Auf der Tagung der Westfälischen Bauernvereine in Münster entwickelte Reichskanzler von Papen das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Er führte folgendes aus:

Sie haben mich hierher gerufen als ein altes Mitglied des Westfälischen Bauernvereins und zugleich als den Leiter der deutschen Reichsregierung, die auf dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten beruht. Die Worte, die ich hier an meine alten Freunde und Berufsgenossen richte, gelten zugleich dem ganzen deutschen Volke. Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, hier zu bekennen, daß ich mich auch in meinem jetzigen Amte nicht von den Kräften des Heimatbodens lösen will, daß mir im Gegenteil daran liegt, aus der mütterlichen Erde neue Kräfte zu gewinnen, um dem ganzen Volke und dem großen gemeinsamen deutschen Vaterlande zu dienen. Die Aufgaben der Regierung, die zu leisten ich die Ehre habe, beschränken sich nicht auf wirtschaftliche oder politische Einzelarbeit.

Wir wollen den Grund legen für einen Neubau des deutschen Staates.

Deshalb lassen Sie mich, bevor ich auf die einzelnen Aufgaben der Gegenwart eingehe, einige Worte über Grundzüge einer neuen Staatsführung sagen. Wir wissen, daß der Mensch die letzten Dinge dieser Welt nicht der eigenen intellektuellen Entscheidung unterwerfen kann und darf. Wir erkennen vielmehr an, daß wir dienende Glieder in einer von Gott gegebenen Ordnung sind. (Bravo!) Das neue ist konservativ. (Erneute Bravo-Rufe.) Die Pflege christlicher Erziehung in Familie und Schule muß deshalb am Anfang einer jeden Staatspolitik stehen, denn aus ihr entwickelt sich das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Der konservative Mensch unterwirft sich gläubig den bleibenden Ordnungen des natürlichen Seins, wie sie in Familie, in Volk und im Staate gegeben sind. Kultur und Wirtschaft stehen für ihn gleichermaßen unter dem ewigen Gesetz der Verpflichtung des einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Eigentum verpflichtet ihn ebenso zum Dienst an der Gesamtheit des Volkes wie ein Amt des öffentlichen Lebens. Wirtschaften, sei es in privater, sei es in öffentlicher Verantwortung, soll deshalb nicht dem Eigennut, sondern dem Gemeinnut dienen. Konservative Gesinnung fordert eine Staatsgewalt, die auf Autorität begründet ist. Sie muß stark und unabhängig sein, damit von ihr Gerechtigkeit ausgehen kann und alle Ordnungen der Gesellschaft, der Selbstverwaltung und der Wirtschaft an ihr einen festen Halt finden können. Sie darf kein Spielball sein für die Kämpfe der Gesellschaft, weder für Parteien noch für Einzelgruppen, und jeder Schritt, meine Freunde, den wir an der Erlangung einer wahrhaft unabhängigen, dem Dienste des ganzen Volkes gewidmeten Staatsführung tun können, ist eine Erfüllung des Ideals einer Staatsführung, das auf Autorität und auf Gerechtigkeit beruht. Diese Grundzüge christlich-konservativer Gesinnung, die zugleich die Grundzüge unseres Staatswesens sind und sein müssen, müssen klarer herausgestellt werden, weil sie heute aufs schärfste befehdet sind.

Den Urteilen in Orlau und Beuthen

ist von rechts und von links ein Sturm gegen die gleichmäßige Handhabung des Rechtes gefolgt. Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft

Neubelebung unserer gesamten Wirtschaft

kann eine dauernde und wirkungsvolle Belebung der Landwirtschaft kommen. Die Reichsregierung lehnt den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie deshalb ab, weil Deutschland nicht auf seine weltwirtschaftlichen Beziehungen verzichten kann und weil es jede Arbeitsgelegenheit auszunutzen muß, die ihm der Auslandsmarkt auch heute noch bietet. Aber die Grundlagen der Ernährung müssen im Binnenlande sichergestellt werden. Ich kann versichern, daß sich die Reichsregierung grundsätzlichen zu der Notwendigkeit einer weiteren maßvollen Regelung der Einfuhr bekennt, und daß sie dahingehende Beschlüsse gefaßt hat. Für die Zwangslage, aus der heraus diese Maßnahmen ergriffen werden müssen, werden Inland und Ausland Verständnis haben. Wenn die Deflation nicht beendet werden kann, so sind weitere Verluste des privaten Unternehmertums und der öffentlichen Wirtschaft nicht mehr anzuhalten. Wir müssen deshalb den Versuch machen, das Steuer grundsätzlichen heranzuziehen. Wenn wir jetzt den Grund zu einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft legen wollen, so müssen wir es nach folgenden Grundzügen tun:

Unsere Währung darf nicht gefährdet werden. Wir wollen auch keine Abwertung der deutschen Mark. Die Reichsregierung lehnt alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab. Die Reichsregierung wird darüber wachen, daß die persönliche Verantwortung der freien Wirtschaft nicht durch Vermischung mit staatlichen Wirtschaftsformen verwischt wird. Wo der Staat in den letzten Jahren Anteile an bisher privaten Betrieben übernommen hat, wird er dafür sorgen, daß klare Verantwortlichkeiten geschaffen werden, und daß der Allgemeinheit hier nicht nur die Kosten, sondern auch die Früchte der Arbeit zufallen. Für diese Unternehmungen wird daher eine besondere staatliche Beaufsichtigung zur Wahrung der staatlichen Interessen eingeleitet.

Ran zu dem Plan selbst, der den Maßnahmen zugrunde liegt, die die Regierung dem Herrn Reichspräsidenten in wenigen Tagen vorzulegen wird. Deutschlands zentrales Problem ist die Arbeitslosigkeit. Die Reichsregierung läßt selbstverständlich die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur

Arbeitsbeschaffung

nicht aus den Augen. Ausgesamt sind für diese Zwecke bisher 135 Millionen RM. bereitgestellt. Es sind weitere Maßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Züchtung, der vorrätigen Kleinfeldung, des Wohnungsbaues und der Hausreparaturen in Aussicht genommen. Dennoch sind wir und vollkommen klar

schaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampf soll Zwischlag und Rache erlaubt, der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt.

Ich kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist.

Das ist eine marxistische Auffassung, die ich ablehne. Auch wenn sie von den Nationalsozialisten ausgesprochen wird. Ich bekenne mich zum Glauben an alte Rechtsformen, aus denen auch der alte preussische Grundgesetz geformt ist: Jedem das Seine. Es ist die Tradition Preußens von seinen großen Königen her, daß nur der zur Führung der Nation zugelassen werden kann, der sich freiwillig in ihre Gesetze einordnet.

Die Jugendlosigkeit, die aus dem Aufruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsführung.

Ich gebe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fahnen folgt, als die Deutschen, und alle übrigen Volksgenossen als Feinde zu behandeln. Wenn ich heute gegen Hitler und für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine Autoritätsstaatsführung eintrete, so verfolge ich nicht er das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heißem Herzen herbeigeseht haben. Diese Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historisches Verdienst an Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur positiven Mitarbeit am Aufbau des Reiches freizumachen. Ich kann nicht glauben, daß diese große deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußt schroffen Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind. Soll der Haber deutschen Volkes, der uns in entscheidenden Stunden der Geschichte schon so oft um den Aufstieg und die Sammlung der Nation betrogen hat, auch heute stärker sein als unser Wille zu einer gemeinsamen nationalen Sammlung? Wenn man die Stimmen hört, die anlässlich der Urteile in Orlau und Beuthen sich erheben, müßte man es fast glauben. Ich greife die Entscheidung über das Schicksal der fünf zum Tode Verurteilten nicht vor. Die preussische Staatsregierung wird sie, unbeeinträchtigt von politischen Anwürfen, nach den Grundzügen der Gerechtigkeit treffen. Aber die Anerkennung des gleichen Rechts, das für alle deutschen Staatsbürger gilt, werde ich nötigenfalls erzwingen.

Ich bin fest entschlossen, die schwelende Saat des Bürgerkriegs auszurotten und den Zustand politischer Unruhe und politischer Gewalttaten zu beenden, der heute noch ein so großes Hindernis für die positive Arbeit ist, in der die eigentliche Aufgabe der Reichsregierung beruht.

Damit komme ich zu den praktischen Tagesfragen.

Selbstverständlich wird die Regierung der Landwirtschaft mit allen Kräften helfen.

Die harten Erfahrungen langer Jahre haben uns gezeigt, daß einseitige Hilfe wenig nützt. Die Landwirtschaft läßt sich nicht allein von der Zollseite her beleben. Nur von einer

darüber, daß es niemals gelingen wird, auf diesem Wege allein das lebenswichtige Ausmaß der Arbeitslosenverminderung zu erreichen. Die Regierung ist daher entschlossen, im großen Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Belebung der Privatwirtschaft zur Neueinstellung von Arbeitskräften und zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen zu gelangen. Das kann nur geschehen, wenn überall gleichzeitig geholfen wird. Wir gehen bei unseren Überlegungen davon aus, daß eine Reihe von wichtigen Anzeichen darauf hindeuten, daß das längste Stadium des Weges, der uns zum Boden der Krise führte, von dem aus der Wiederaufstieg beginnen kann, nunmehr zurückgelegt ist. Heute ist der Zustand vieler unserer Produktionsstätten so schlecht, daß völliger Verfall droht. Es hat sich ein ungeheurer Bedarf an Erhaltungs- und Reparaturarbeiten aufgestaut, der in die Milliarden geht.

Es muß der erste Schritt sein, daß die gesamte Wirtschaft die Mittel erhält, um dieses Versäumnis nachzuholen. Das ist dann gleichzeitig der erste Schritt der neuen Belebung. Dadurch wird eine Neueinstellung von Arbeitern in größerem Umfang möglich und es werden gerade die mittleren und kleineren Betriebe, deren ureigenste Domäne die Ausführung derartiger Arbeiten darstellt, als erste von der Belebung Nutzen ziehen.

Von diesem Punkte aus soll der Versuch gemacht werden, den Wirtschaftsprozess in größerem Umfang zu beleben. Der Einsatz, der für diesen Zweck zu machen ist, muß genügend groß gewählt werden, damit die beabsichtigte Wirkung eintritt. Dieser Einsatz wird sich auf eine Summe von mehr als 2 Milliarden RM. belaufen, und zwar über diejenigen Summen hinaus, die für Reparaturarbeiten und Arbeitsbeschaffung ausgeworfen sind.

Der Finanzierungsplan.

Die Verhandlungen über die Durchführung des Programms im einzelnen und seine Finanzierung sind schon weit fortgeschritten. Insbesondere hat auch die Reichsbank ihre Mitwirkung zugesagt, wobei es sich, von der Seite der Geldbeschaffung gesehen, nicht um eine Belastung etwa der Notenbank mit großen Beträgen, sondern im wesentlichen um die Heranziehung der in der Wirtschaft ohnehin vorhandenen, zurzeit nicht für die Arbeit ausgenützten Liquidität auf dem hierfür schon jetzt gegebenen Wege handelt.

Den Gedanken, diesen Betrag etwa über eine Zwangsanleihe zu finanzieren, haben wir abgelehnt. Beträge in solcher Höhe würde die deutsche Wirtschaft, auch wenn die Zahlung über eine längere Zeit verteilt wäre,

einfach nicht aufbringen können, statt dessen beabsichtigen wir, folgenden Weg zu beschreiten:

Es sollen für Teile besonders produktionshemmender Steuern, wie der Umsatzsteuer, der Realsteuer, der Gewerbesteuer — übrigens ohne jede Beeinträchtigung des Etats der Länder und Gemeinden — und der Beförderungsteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig und gezahlt werden,

Steueranrechnungsscheine

gegeben werden, auf die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern, einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern, mit Ausnahme der Einkommensteuer, bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von 1500 Millionen handeln. Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Hereinnahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge für den, wie ich es nannte, ausgetauten Erhaltungsbetrieb sein und dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozess einzufügen. Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen Mark in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmungen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigt sind. Für den neu eingestellten soll, aufs Jahr gerechnet, ein Betrag von 400 Mark in Scheinen gegeben werden. Wird dieser Betrag nicht ausgenutzt, so werden 1% Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können.

Wird dies gelingen, so würde das einen ganz großen vorwärtstreibenden Erfolg bedeuten. Diese Maßnahmen werden aber nur dann die Wirtschaft sofort in Gang bringen, wenn das Problem auch von der Seite der Arbeit angepaßt wird. Es wird deshalb den Arbeitgebern gleichzeitig ein Anreiz zur

Streckung der Arbeit

durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter gegeben. Dieser Anreiz wird nur auf dem Gebiete der Entlohnung liegen können.

Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in gewissem, genau umgrenzten Umfange, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterbrechen, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenzen in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder Arbeiterschaft ist. Der Lohn wird aber nicht in gleichem Ausmaße ermäßigt werden dürfen wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlöhnsomme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich sogar noch erhöht.

Ich bin mir bewußt, daß diese Maßnahme einem Teilerfolg und zwar dem jetzt beschäftigten Teile der Arbeiterschaft, Opfer auferlegt, aber diese Opfer gehen zugunsten der heute Arbeitslosen. Und wenn auch der einzelne eine kleine Einbuße erleidet, so wird die Gesamtlöhnsomme erhöht, die allgemeine Kaufkraft aller gesteigert. Auf diese Weise werden wir eine erhebliche Zahl Arbeitsloser der Arbeit wieder zuführen können.

Die Reichsregierung beabsichtigt, das

Tarifrecht und das Schlichtungswesen

in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten. Was sie aber immer wieder betonen muß, ist die Erwartung, daß die Beteiligten ihre Verhältnisse mehr als bisher im Wege freiwilliger Selbstbestimmung ohne staatliche Mitwirkung und ohne Bevormundung nachzustellen. Unsere Tarifverträge sind vielfach immer noch zu starr und nehmen auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete, Betriebe und Arbeitsgruppen nicht gebührende Rücksicht. Ich halte es daher für notwendig, für Sonderfälle nunmehr im Verordnungswege Abhilfe zu schaffen.

Alle diese Maßnahmen dienen zunächst nur einer Hebung der Arbeitslosigkeit. Sie werden deshalb

auf zwölf Monate befristet.

Sie sollen es der Wirtschaft ermöglichen, sich aus ihrer bisherigen Erstarrung zu lösen und den eigenen wirtschaftlichen Gesetzen zu folgen. Ich erwarte, daß der gewaltige Anstoß, den unsere gesamte Volkswirtschaft durch eine Entlastung und damit Befristung um etwa zwei Milliarden Mark und eine zusätzliche Beschäftigung von einer bis zwei Millionen Arbeitsloser erfährt, auch die Lage der Landwirtschaft direkt und indirekt außerordentlich besser wird. Daß wir die Frage des Zinsproblems auf dem privatwirtschaftlichen Wege mit allen Kräften vorwärtszubringen, ist ebenso selbstverständlich wie, daß wir eine Diskontsenkung für die allgemeine Wirtschaft binnen kurzem durchsetzen werden.

Ferner aber sollen diese zwölf Monate, in denen jede Nothilfe abläßt, dem organischen Um- und Aufbau unseres Staats- und Wirtschaftslebens dienen, der die eigentliche Aufgabe unserer Zeit ist. Erst wenn wir der Not der Stunde etwas mehr entrückt sind als heute, werden wir ein Sozial- und Finanzprogramm auf lange Zeit aufbauen können. Ich kann hier nicht über alle Probleme des Staatslebens sprechen. Für eine politische Programmrede wird im Reichstage Gelegenheit sein. Dort werde ich über die Gebiete der inneren und der äußeren Politik reden, die ich heute nicht berühren kann. Ich möchte nur auf eins eingehen, auf die Anpassung unseres gesamten Staats- und Verwaltungsapparats an die Aufgaben der Nation. Ich darf hierbei darauf hinweisen, in welcher Weise bereits in Preußen unter der tatkräftigen Verwaltung des Reichskommissars Dr. Bracht die Probleme der Verwaltungsreform angefaßt worden sind. Meine Pläne sind durchzuführen, die zum Teil seit mehr als drei Jahren erwogen worden sind und schließlich nach jahrelang in den Schreibtischen geschlummert haben oder im Landtag festengelassen sind. Zweifellos bringen folgende energische Eingriffe zunächst auch unangenehme Folgen mit sich. Auf die Dauer werden die Vorteile der Verwaltungsreform überwiegen.

Diesen ersten Maßnahmen wird eine große organisierte Verwaltungsreform folgen. Eine Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern, die vom preussischen

Diese
wird
und
jedem
wirtsch
lich der
Glieder
nung
finanz
folgen.
De
nächst
werde
an
Ufficht,
Partei
Nation
ganzen
dienstl
den, h
Partei
mensch
KZ
weit si
der Na
Gewand
Partei
die Not
noch ein
An
weihun
an eine
hat in
der Pa
Un
erschüt
Schlag
ich heut
Starter
Die
scheinen
mischen
durch a
falls
die sich
hätte, h
abschlie
zum De
immer
dann w
Es sind
lands b
Bei
bestand
Obati
Die
Ere
kamlers
Steu
die Ze
hijert
ge. In
Mähres
erfahren
einer
Steu
bieten
Reichs
ein h
langst
Milli
er m
den J
werden
macht
wäre. C
hah in
gering
wird. U
geben, u
Es
würde
die Dur
Bei
eine
hängt
waren-
G
werden.
Kollen
sehen
werden,
ung sei
in einer
der Auf
staatliche
minderer
Summen
stimmig
Belegung
auftrag.
"A
Sachsend
nach dem
Rechtan
Wochen
da für
abhängiger
"I
ich ein
Preis
helter, de
jen kann
angen
den er
wolle, fi

Reichsregierung und Parteien.

Mitarbeit der Nationalsozialisten erwünscht, aber keine Kanzlerschaft Hitlers.

Berlin, 29. August. Die scharfen Worte, die der Reichskanzler v. Papen in seiner Rede in Münster an die Adresse des Führers der Nationalsozialistischen Partei gerichtet hat, sind nach Ansicht gutunterrichteter Kreise durchaus nicht als eine „Kriegserklärung“ an die Nationalsozialisten aufzufassen, sondern als eine deutliche Antwort auf die Stellungnahme, die Adolf Hitler gegenüber dem Deutschen Reich in der Öffentlichkeit vertreten hat.

Die Regierung ist nach wie vor gewillt, die Nationalsozialistische Bewegung voll in Rechnung zu stellen und in ein positives Verhältnis zu ihr zu gelangen.

Um dies zu erreichen, würde aber eine Koalition der Nationalsozialisten mit dem Zentrum, die den Parlamentarismus wieder aufleben ließe, der ungeeignetste Weg sein.

Der Reichskanzler wird sich heute mit dem Reichsinnenminister und dem Reichswehrminister zum Reichspräsidenten begeben, und man rechnet damit, daß das Ergebnis die Zusammenfassung des bekanntgegebenen Regierungsprogramms in einer Ende dieser Woche herauskommenden Notverordnung sein wird. Vorschläge oder Anregungen aus dem Kreise von Parteien, die das Projekt der Regierung betreffen, würde der Reichspräsident höchstwahrscheinlich nicht ablehnen, aber er würde auf genaue Beantwortung der Frage bestehen, wie man dann im Gegenjahre zu der jetzigen Regierung, die das Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt, zu regieren gedenke und welches Programm man habe.

Eine Kanzlerschaft Adolf Hitlers würde das Vertrauen des Reichspräsidenten sicher nicht gewinnen.

Was den früheren Reichskanzler Brüning angeht, so hat dieser zwar eine angebliche Äußerung dementiert, wonach er einen Kampf gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg führe, er hat dagegen feinerzeit geäußert, daß er in keinem Kabinett wieder einen Ministerposten übernehme, für den Hindenburg das Ernennungsdekret zu unterzeichnen habe.

Alles in allem rechnet man damit, daß eine Verständigung über etwaige personelle Veränderungen in der Reichsregierung erst nach Lösung der Frage atat werden kann, was mit dem Reichstag geschieht. Es ist in der Öffentlichkeit weit vielfach zum Ausdruck gekommen, daß die Reichsregierung nach Auflösung des Reichstages die Neuwahlen über den verfassungsmäßigen Zeitpunkt hinaus verschieben

wolle. Das ist nicht richtig. Die Reichsregierung hat eine Entscheidung in dieser Hinsicht noch nicht getroffen. Im übrigen läme es bei einer Neuwahl unter Umständen auch auf die Wahlparole an, wobei nicht anzunehmen wäre, daß der Gegenjahre Präsidentschaftsregierung hier und schwarzbraune Koalition dort für die Nationalsozialistische Partei von Vorteil wäre.

Was Preußen angeht, so wäre allerdings eine nationalsozialistisch-zentrumsparteiliche Koalition geeignet, Ansätze einer von allen Seiten dringend gewünschten Reichsreform wieder zu zerlegen.

Paris und die Reichskanzler-Rede.

Paris, 29. August. Die Ausführungen des Reichskanzlers v. Papen in Münster werden in der Pariser Presse zwar ausführlich wiedergegeben, infolge des Lebens jeder außenpolitischen Polemik aber nur sehr spärlich besprochen. Die Blätter folgern im allgemeinen aus der Rede des Reichskanzlers, daß die Reichsregierung ungeachtet der Verhandlungen, die zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten stattfinden, ihren Weg für die Wiederaufrichtung Deutschlands zu gehen beabsichtigt. Das Wiederaufrichtungsprogramm, so schreibt das „Echo de Paris“, umfasse nicht nur die Wiederherstellung des alten bismarckischen Deutschlands, sondern des alten Preußens unter Friedrich II. und Wilhelm I. Der unparteiische Beobachter müsse zugeben, daß die Befriedigung, mit der der Reichskanzler von den politischen Erzeugnissen der letzten Monate gesprochen habe, vollkommen berechtigt sei. Seit 1918 habe das Reich auf dem Wege der Wiederaufrichtung wesentliche Fortschritte gemacht. Das Dreigestirn Hindenburg-Papen-Schleicher habe es fertiggebracht, sogar im Auslande Sympathien zu erwerben, weil es sich dem Wahnsinn Hitlers entgegengestellt habe. Die Welt, die soviel Mühe gehabt habe, die Macht Deutschlands zu brechen, begrüße heute diejenigen, die an ihrer Wiederaufrichtungsarbeit tätig seien. Es sei zu hoffen, daß man zum mindesten in Frankreich derartige Illusionen aufgeben werde. Der sozialistische „Populaire“ zieht aus den Ausführungen Papens die Schlussfolgerung, daß die Regierung nicht gewillt sei, ihr Schicksal von irgendeiner parlamentarischen Koalition abhängig zu machen. Hieraus ergebe sich klar und deutlich, daß der Reichstag aufgelöst werde und ein neues Kapitel der deutschen Geschichte beginne.

Revolution in Brasilien.

Das drittgrößte Land der Welt im Chaos.

Brasilien kommt schon seit Monaten nicht zur Ruhe. Immer neue Kämpfe werden aus dem Bundesstaate Sao Paulo gemeldet. Es herrscht dort, wie auch in einer Reihe anderer brasilianischer Staaten, ein regelrechter Bürgerkrieg. Sowohl die Aufständischen wie die Bundesstruppen geben Kriegserklärungen heraus, die, wie nicht anders zu erwarten ist, oft widersprechenden Inhalts sind. Keiner will der Besiegte sein.

Als offizielle Ursache der Unruhe gilt der tiefgreifende Gegensatz zwischen den Staaten Minas Gerais und Rio Grande do Sul einerseits und Sao Paulo andererseits. Diese Staaten wetteifern schon immer um die Vormachtstellung im Lande miteinander und es hat zwischen den rivalisierenden Cliquen alle an Waffengewalt gegeben. Diesmal jedoch übersteigt das Ausmaß des Kampfes die „gewöhnlichen“ Grenzen. Die letzte Ursache dafür ist in der verheerenden Krise zu suchen, unter der die Vereinigten Staaten von Brasilien als ein Hochloft produzierendes Land besonders schwer zu leiden haben.

Brasilien ist bekanntlich das Land des Kaffees, das mehr als drei Viertel der Kaffeeproduktion liefert. Der brasilianische Bundesstaat, größer als USA und 15mal größer als Frankreich, zählt 42 Millionen Einwohner, also die Hälfte der Gesamtbevölkerung Südamerikas. Wirtschaftlich, genauer finanziell, hängt Brasilien von England und Nordamerika ab. Die Kapitalinvestitionen des Auslandes haben in Brasilien die Summe von 12 Milliarden Goldmark überstiegen. Der Anteil Englands beträgt mehr als die Hälfte, der Anteil der USA etwa ein Viertel der Gesamtsumme. Der Sturz des Bundes hat in Brasilien eine neue Unsicherheit geschaffen, der Sturz der Kaffeepreise eine gigantische Not verursacht. Zahlreich war Brasilien der Schauplatz des Kon-

kurrenzkampfes zwischen England und USA. Die brasilianische Bevölkerung war es, auf deren Rücken dieser Kampf ausgetragen wurde und bis auf den heutigen Tag ausgetragen wird. Die Revolution des Oktober 1930, die zum Sturz des englandfreundlichen Staatspräsidenten Washington Luiz führte, war ein Sieg der USA. Im März des laufenden Jahres brach ein Aufstand aus, der den Versuch Englands darstellte, eine Revanche für die damals erlittene wirtschaftliche Niederlage zu nehmen. Seitdem dauern die Kämpfe fast ununterbrochen fort.

Gespannte Lage in Rio de Janeiro.

Rio de Janeiro, 29. August. Infolge der gespannten Lage in Rio de Janeiro ist General Cunha von der Front aus Sao Paulo zurückberufen worden. Er traf mit dem Flugzeug in Rio de Janeiro ein. Dem General wurden weitgehende Vollmachten zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung übertragen. Admiral Silveira forderte in einem Rundschreiben die Aufständischen in Sao Paulo zum Frieden auf. Gleichzeitig hat nach Meldungen aus Sao Paulo Admiral Koronha die brasilianische Marine aufgefordert, sich der Revolution anzuschließen.

In Anbetracht der ausgedehnten Nordfront gegen die Aufständischen haben die Regierungstruppen eine neue Offensive begonnen. Von Rio de Janeiro sind weitere Truppen nach dem Gebiet von Cruzeiro in Marajó geschickt worden. Die Aufständischen haben einen Gegenangriff ausgeführt und berichten von einem großen Vormarsch längs der Eisenbahnlinie in der Sierra del Mantiqueira. In Rio Grande do Sul hat sich General Borriho einer Forderung zufolge, der Revolution angeschlossen. Er soll die Stadt San Pedro erobert haben. Der Eisenbahnknotenpunkt Santa Maria soll bedroht sein.

Die brasilianischen Stadt Branje wurden auf dem Felde arbeitende Bauern von einem tollwütigen Wolf angefallen. Die Bauern konnten sich nur mit ihren Stacheln verteidigen. Der Kampf dauerte geraume Zeit, bis es schließlich einem der Bauern gelang, das Tier zu töten. Von drei Bauern, die durch den Wolf schwer verletzt wurden, sind zwei unter Qualen gestorben.

* **Kampf bei einem Stierkampf.** In Almagro sollte ein Stierkampf stattfinden, doch war nicht genug Geld eingegangen, um die Matadore zu bezahlen. Da entfiel der Impresario, und die Loteros präsentierten sich nicht. Das wütende Publikum zerschlug die Holzstühle, Geländer und Türen und entfachte ein großes Feuer in der Arena, das teilweise die Sitzplätze in Brand steckte und eine wilde Panik zur Folge hatte. Ein Besucher öffnete die Stierkäfige, so daß die acht Kampfstiere teils in die Arena, teils ins Freie liefen. Vier der Stiere wurden von den Genarmen in der Arena niedergeschossen, die vier anderen entkamen.

* **Eine republikanische Miliz in Spanien.** Aus Madrid wird gemeldet: In Anbetracht der letzten Vorkommnisse, die beweisen, daß sich die Republik nur auf einen Teil der Armee verlassen kann, will man jetzt ein aus Einzelpersonen aller republikanischen Parteien bestehendes Milizkorps schaffen zu dem ausschließlichen Zweck, es bei Bedrohung des republikanischen Regimes einzusetzen. Das Freiwilligenkorps erhält die notwendige militärische Ausbildung, wird aber nur im Falle der Gefahr bewaffnet. Die Nationalversammlung wird das Projekt zweifellos annehmen, zumal sich alle über die Tatsache klar sind, daß von seiten der Armee jederzeit unangenehme Überraschungen erfolgen können. Man sprach sogar schon davon, daß die Sicherheit der Republik eine sofortige Auflösung des ganzen Heeres erfordere. Antiklar aber wurde in Abrede gestellt, daß eine solche Maßnahme nötig sei.

ischen Staatsministerium in wenigen Tagen verabschiedet werden wird.

Diese Reform ist eine unentbehrliche und entscheidende Voraussetzung für eine Reichsreform. Sie wird die Doppelarbeit von Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten beseitigen und jedem von ihnen seine getrennte und selbständige Zuständigkeit geben. Die Sonderverwaltungen auf kulturellem, wirtschaftlichem und technischem Gebiete werden einheitlich den Regierungspräsidenten bzw. den Landräten angegliedert werden. Diesen Maßnahmen soll eine Verkleinerung und Vereinfachung in der Zentralinstanz, eine Finanzreform und eine Reform der Selbstverwaltung folgen.

Dem Neubau auf allen Gebieten wird die Arbeit der nächsten Monate gewidmet sein. Sie kann nur geleistet werden durch eine

autoritäre unabhängige Regierung.

Aus dieser Überzeugung heraus halte ich es für meine Pflicht, Störungen dieses Werkes durch die Einflüsse der Parteien abzuwehren. Große Aufgaben im Dienste der Nation können nur von dem gelöst werden, der sich dem ganzen Volke und nicht nur einer Partei oder Klasse dienbar glaubt. Der Grundgedanke der Reichsverfassung: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus kann nicht bestehen, daß diese Staatsgewalt dem tatsächlichen Spiel der Parteien im Parlament ausgeliefert werden soll. Und wenn heute von einer Koalition zwischen Zentrum und NSDAP gesprochen wird, an die ich nicht glauben kann, weil sie dem ganzen antiparlamentarischen Bekenntnis der Nationalsozialisten widerspricht, so wäre der geheime Grundgedanke solcher Koalition doch nur der, daß die eine Partei die andere zu vernichten wünscht. Ich frage, ob die Not des deutschen Volkes in diesen Stunden wirklich noch ein solches Spiel erträgt?

Auf der anderen Seite denken wir nicht an eine Abweichung von den Grundgesetzen der Verfassung oder gar an einen Wechsel der Staatsform. Die Verfassung selbst hat in der Institution des Reichspräsidenten dem Spiele der Parteien gegenüber den ruhenden Pol geschaffen.

Unser Glaube an die Zukunft der Nation ist so unerschütterlich wie der jener Millionen, die einst auf den Schlachtfeldern für sie geliebt haben. Und deshalb rufe ich heute dem Lande zu: „Denkt nur an Deutschland!“ (Starker anhaltender Beifall.)

Die Rede des Kanzlers, der schon bei seinem Erscheinen von der großen Menge der Besucher mit stürmischen Hochrufen begrüßt worden war, wurde wiederholt durch außerordentlich lebhaftes, sich immer steigende Beifallsstürme unterbrochen. In einer Parallelversammlung, die sich wegen der starken Teilnahme notwendig gemacht hatte, hielt v. Papen noch eine kurze Ansprache, in der er abschließend erklärte: Wenn ich mich heute nach Meudon zum Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg begeben, so immer noch als ein Jüngling an der Spitze des Volkes steht, dann werde ich an Bestrafen denken, werde wissen, daß Sie und ich, daß wir zusammen eine neue Zukunft Deutschlands vorbereiten werden.

Bei der Abfahrt wurde der Reichskanzler von einer bleibenden Menge wiederum mit stürmischen Ovationen begrüßt.

Die Technik der wirtschaftsankurbelnden Kreditbeschaffung.

Berlin, 28. August. Die in der Rede des Reichskanzlers von Papen angekündigte Ausgabe von Steuererrechnungsscheinen läßt, da dieser wichtige Teil des Programms der Reichsregierung nur kurz skizziert worden ist, die verschiedenartigsten Auslegungen zu. In zuständigen Berliner Kreisen war am Sonntag Abends über die Technik des Verfahrens noch nicht zu erfahren. Es scheint sich hier um die Klüfflung zu handeln, die ab 1. Oktober 1933 vorgezogenen Steuerermäßigung auf den verschiedensten Gebieten zu handeln. Man muß davon ausgehen, daß der Reichskanzler den auszubringenden Betrag auf ein einhalb Milliarden beziffert hat. Die vom Reichskanzler genannten Steuern erbringen insgesamt etwa sechs Milliarden, so daß man annehmen darf, daß die Steuerermäßigung etwa ein Viertel betragen soll. Die den Resten auszubringenden Steuererrechnungsscheine werden, wie man wohl annehmen darf, lombardfähig gemacht werden, da sonst ihre Wertsetzung kaum möglich wäre. Es wird sich bei dem ganzen Plan darum drehen, daß in der breiten Öffentlichkeit den Absichten der Regierung auch wirklich volles Vertrauen entgegengebracht wird. Die Ausarbeitung der Einzelheiten wird erst erfolgen, wie vor allem ein Disagio zu vermeiden ist.

Es ist anzunehmen, daß von zuständiger Stelle in Kürze noch nähere Erläuterungen und Einzelheiten über die Durchführung des Regierungsplanes mitgeteilt werden.

Aus aller Welt.

* **Großer Betrugsfall in Hamburg.** — 400 000 RM. bei einer staatlichen Gesellschaft veruntrent. In Hamburg ist der Bücherrevisor Alfons Holt von der Werbungs-Einlagengesellschaft m. b. H. in Hamburg verhaftet worden. Durch diese Verhaftung ist ein Skandal ins Rollen gekommen, dessen Auswirkung noch nicht abzusehen sind. Schon vor drei Monaten war bekannt geworden, daß bei der Gesellschaft manches nicht in Ordnung sei. Der Geschäftsführer Hof beging, als er sich in einer Sitzung rechtfertigen sollte, Selbstmord. Das war der Anlaß. Heute weiß man, daß in diesem unter staatlicher Regie geführten Betriebe Unterschlagungen von mindestens 400 000 RM., vielleicht sogar von noch höheren Summen, verübt worden sind. Der Senat hat einen Kommissar eingesetzt und das Rechnungswesen mit der Prüfung des gesamten Betriebes der Gesellschaft beauftragt.

* **An Fleischvergiftung gestorben.** Wie dem Teleskopnachrichtendienst aus Tepitz-Schonau gemeldet wird, starb dort nach dem Genuß von anscheinend vergiftetem Fleisch der Rechtsanwalt Dr. Klauber. Dies ist innerhalb weniger Wochen der achte Fall, daß jemand an Vergiftung stirbt, was kürzlich erst durch Pilzvergiftung sieben Menschenleben dahingerafft wurden.

* **In den Tod gelangt.** In Bad Hilsberg ereignete sich ein tragischer Unfall mit tödlichem Ausgang bei einem Wettszenen. Ein an dem Wettbewerb beteiligter Apotheker, der vor dreißig Jahren seine Frau hier beim Tanz kennengelernt hatte und nun mit ihr an dem Preiswettbewerb für „Ältere Herrschaften“ teilnahm, hatte die Freude, den ersten Preis zu erhalten. Als er ihn entgegennehmen wollte, fiel er plötzlich tot um.

* **Deutscher Pilgerzug beim Papst.** Der Papst empfing einen deutschen Pilgerzug aus Frankfurt a. M., der sich aus etwa fünfzig Personen zusammensetzte. Der Pilgerzug ist von dem Verband (Union) der katholischen Frauen organisiert worden.

* **Tödlicher Flugzeugabsturz.** Der Sohn des französischen Autoreifenfabrikanten Michelin ist am Sonntag mit seinem Privatflugzeug bei Clermont-Ferrand tödlich abgestürzt.

* **Eröffnung der katholischen Universität in Romo — vollzählig verboten.** Der litauische Bildungsminister hat die für Sonntag anberaumte Eröffnung der seit 1930 in Gründung befindlichen katholischen Universität, während die Festlichkeiten im Gange waren, durch die Polizei verboten. Nachdem am Vormittag bereits der Festgottesdienst in der Kathedrale stattgefunden hatte, wollten sich die Beteiligten und die geladenen Gäste zur Eröffnungsfeier in den Räumen der neuen Universität versammeln. Dort bestand sich jedoch am Eingange ein Anschlag der Polizei mit der Mitteilung, daß die Eröffnung der Universität durch grundsätzliche Erwägungen seitens des Bildungsministers verboten sei. Diese plötzlichen Eingriffe des Bildungsministers haben bei den Beteiligten und in christlich-demokratischen Kreisen naturgemäß große Entrüstung hervorgerufen. Ueber die Beweggründe der Regierung wird amtlich zurzeit nichts verlautbart. Die Frage der Zulassung einer katholischen Universität in Litauen wird an und für sich durch das Konkordat geregelt, jedoch betrachtet die litauische Regierung seit jeher in der Errichtung dieser Hochschule nur die Schaffung einer weiteren oppositionellen Einrichtung der christlich-demokratischen Partei, die bekanntlich seit 1927 zur Regierungspartei in scharfem Kampfe steht.

* **Bei der Feldarbeit von einem Wolf angegriffen.** — Zwei Tote. Aus Belgrad wird gemeldet: In der Nähe der

litauischen Stadt Branje wurden auf dem Felde arbeitende Bauern von einem tollwütigen Wolf angefallen. Die Bauern konnten sich nur mit ihren Stacheln verteidigen. Der Kampf dauerte geraume Zeit, bis es schließlich einem der Bauern gelang, das Tier zu töten. Von drei Bauern, die durch den Wolf schwer verletzt wurden, sind zwei unter Qualen gestorben.

* **Kampf bei einem Stierkampf.** In Almagro sollte ein Stierkampf stattfinden, doch war nicht genug Geld eingegangen, um die Matadore zu bezahlen. Da entfiel der Impresario, und die Loteros präsentierten sich nicht. Das wütende Publikum zerschlug die Holzstühle, Geländer und Türen und entfachte ein großes Feuer in der Arena, das teilweise die Sitzplätze in Brand steckte und eine wilde Panik zur Folge hatte. Ein Besucher öffnete die Stierkäfige, so daß die acht Kampfstiere teils in die Arena, teils ins Freie liefen. Vier der Stiere wurden von den Genarmen in der Arena niedergeschossen, die vier anderen entkamen.

* **Eine republikanische Miliz in Spanien.** Aus Madrid wird gemeldet: In Anbetracht der letzten Vorkommnisse, die beweisen, daß sich die Republik nur auf einen Teil der Armee verlassen kann, will man jetzt ein aus Einzelpersonen aller republikanischen Parteien bestehendes Milizkorps schaffen zu dem ausschließlichen Zweck, es bei Bedrohung des republikanischen Regimes einzusetzen. Das Freiwilligenkorps erhält die notwendige militärische Ausbildung, wird aber nur im Falle der Gefahr bewaffnet. Die Nationalversammlung wird das Projekt zweifellos annehmen, zumal sich alle über die Tatsache klar sind, daß von seiten der Armee jederzeit unangenehme Überraschungen erfolgen können. Man sprach sogar schon davon, daß die Sicherheit der Republik eine sofortige Auflösung des ganzen Heeres erfordere. Antiklar aber wurde in Abrede gestellt, daß eine solche Maßnahme nötig sei.

Letzte Nachrichten Vor der Entscheidung

Papen bei Hindenburg

Neudeck, 30. August.

Zum Vortrag beim Reichspräsidenten sind Reichsfinanzminister Papen, Reichswehrminister von Schleicher, Reichsminister des Innern Freiherr von Gumbel und Staatssekretär Dr. Meißner in Neudeck eingetroffen.

Auflösung des Reichstages?

Keine Tolerierungspolitik der NSDAP

Berlin, 30. August.

Die Zusammenkunft zwischen dem Kanzler und Adolf Hitler am Tage vor dem Zusammentritt des Reichstages hat in der politischen Lage keine Veränderung ergeben. Die Nationalsozialisten haben es, wie es heißt, abgelehnt, die Regierung zu tolerieren. Bestätigt wird diese Nachricht durch eine längere Rede, die Adolf Hitler vor den Abgeordneten der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion im Kaiserhof gehalten hat. Diese ablehnende Haltung Hitlers wird die heutigen Besprechungen in Neudeck wesentlich beeinflussen und eventuell den Kanzler veranlassen, den Reichspräsidenten um Auflösung des Reichstages zu bitten.

Natürlich war diese klargestellte Situation im Reichstag das allgemeine Gesprächsthema.

Man rechnet durchgängig mit der Auflösung.

glaubt also nicht an einen Erfolg der Koalitionsbesprechungen zwischen NSDAP und Zentrum.

Trotz dieser ziemlich weitverbreiteten Ansicht will man aber in der ersten Sitzung doch einen Vorstoß machen, und zwar ist beabsichtigt bereits heute das Präsidium zu wählen. Der Gedanke scheint von den Nationalsozialisten auszugehen. Auch das Zentrum ist damit einverstanden. Nur bestehen noch gewisse Schwierigkeiten von Seiten der Sozialdemokraten, die die Absicht haben, Paul Löbe im ersten Wahlgang als Präsidenten vorzuschlagen und, wenn sie damit, wie zu erwarten ist, nicht durchkommen, ihn als ersten Vizepräsidenten zu nominieren. Die Schwierigkeit liegt nun darin, daß die Nationalsozialisten keinen Sozialdemokraten wählen wollen und die Sozialdemokraten dann vielleicht Einspruch gegen die Tagesordnung erheben.

Der Sinn des etwas überraschenden Planes, die Wahl zu beschleunigen, liegt darin, daß man dem Reichspräsidenten die Arbeitsfähigkeit des Reichstages demonstrieren will. Man spricht davon, daß das Ergebnis der Wahl sofort nach Neudeck mitgeteilt und daß gleichzeitig um den üblichen Empfang nachgesucht werden soll.

Die Haltung der Parteien

Hitler vor der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion

Für die Haltung der Nationalsozialisten sind die Ausführungen Adolf Hitlers vor der Reichstagsfraktion der NSDAP richtunggebend, über die partiellamlich folgendes verlautet:

In einem kurzen Rückblick streifte Hitler den Kampf der Bewegung und ihre bisherigen Erfolge. Niemals habe er mit mehr Ruhe und Zuversicht der Entwicklung entgegengeesehen als heute. Der Anspruch der Bewegung auf die Macht werde auch von Realerkenntnissen heute nicht mehr bekräftigt, aber

man wolle ihr die Erfüllung ihrer Ansprüche in Formen bieten, die sie zum selbständigen Handeln unfähig mache. Wenn er die Haltung einzelner Persönlichkeiten der Regierung im Hinblick auf ihren Wirkungsbereich auch zu würdigen wisse, so hätten sie doch alle nur — außer einem — ihren Namen einzusetzen. Die NSDAP aber habe nicht einen Namen einzusetzen, sondern 14 Millionen deutscher Menschen, die voll grenzenlosen Vertrauens hinter ihr ständen.

Solange bei der Regierung eine Auffassung herrsche wie die bezüglich Beuthens zum Ausdruck gekommen, könnte die nationalsozialistische Bewegung diese Regierung nicht mit ihrem Namen decken. Er habe kein Verständnis dafür, daß für einen politischen Insurgenten, der einst gegen unsere deutschen Brüder in Schleißen gestanden habe, fünf Nationalsozialisten unter das Jochteil sollen.

Die nationalsozialistische Bewegung habe den Vorzug, der einzige operationsfähige Faktor zu sein. Als Führer könne und werde er jeden Weg beschreiten, der der Bewegung und damit der Nation zum Ziele näher führe. Der Gegner müsse wissen, daß ihm in der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion nicht 230 Mann gegenüberstehen, sondern sie treten ihm wie ein Mann gegenüber. Sie werde dem Volke, das heute auf sie blicke, ein Beispiel grenzenloser Disziplin geben. Die Auffassung der NSDAP unterscheide sich von der ihrer Gegner dadurch, daß sie sage: Man kann wohl ohne Reichstag regieren, aber nicht ohne Volk. Das heutige Regierungssystem müsse scheitern an dem gänzlichen Fehlen einer lebendigen Verbindung mit dem Volk.

Das Volk wolle Mut, Kraft, Entschlossenheit und Fähigkeit sehen. Ganz gleich auf welcher politischen Ebene die NSDAP auch scheiterte, kapitulieren werde sie nicht, sondern kämpfen bis zum Sieg.

Eine Entschließung des Zentrums

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm in ihrer ersten Sitzung eine Entschließung an, in der die Richtlinien gebilligt werden, die am 11. August von den Reichstagsabgeordneten Joss und Wolf dem Reichskanzler vorgelesen worden sind. In Bezug auf die Haltung fanden auch die vom Reichskanzler in Münster hinsichtlich der über die derzeitigen Bemühungen des Zentrums gemachten Ausführungen grundsätzliche Ablehnung. Wörtlich heißt es in der Entschließung: In der klaren Erkenntnis, daß jede Regierung, ohne Mehrheit und Vertrauen in der Volksoberleitung zu bestehen, notwendigerweise auf eine abschüssige Bahn kommen muß, arbeitet die Zentrumsfraktion unbedünnter um Drohungen und Einschüchterungen ihrerseits mit an der Schaffung einer Regierung, die sich

auf eine klare Mehrheit des Parlaments stützen

kann und gewillt ist, mit ihm zusammenzuarbeiten, gefeilt vor dem Gedanken, daß es verfassungsmäßig unmöglich und für das Reich verderblich ist, eine Reichstagsauflösung nur deswegen zu beschließen und vorzubereiten, weil der gegenwärtigen Regierung die Mehrheit versagt bleibt.

Mit der Bayerischen Volkspartei ist, wie mitgeteilt wurde, wieder eine Arbeitsgemeinschaft geschlossen worden, die sich auf alle parlamentarischen Fragen erstrecken wird. In der Aussprache kam als Einheitswille des Zentrums zum Ausdruck, daß die Partei alles versuchen wird, um die Annäherung verfassungsmäßiger Wege zu gewährleisten.

Die Fraktionsführung der Deutschnationalen

wurde von dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberfahren geleitet, der davon Mitteilung machte, daß die drei auf Landwirtschaftsseite gewählten Abgeordneten Frhr. von Stauffenberg, Haag und Abicht der deutschnationalen Fraktion als Mitglieder beitreten sind. Die Fraktion be-

schloß, daß der bisherige Vorstand die Geschäfte zunächst weiterzuführen soll. Es fand dann eine eingehende politische Aussprache statt, als deren Ergebnis beschlossen wurde, sich an den bisherigen Schritten des Reichstages, die, wie es in dem parteiunabhängigen Bericht heißt, unter dem Vorsitz einer aus Kroskau herbeigeholten Sendboten des Volkswirtschaftsfindens nur insofern zu beteiligen, als es für die technischen Maßnahmen zur Konstituierung des Reichstages notwendig ist.

Fortsetzung der Koalitionsverhandlungen

Berlin, 30. August.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages trat zu einer Sitzung zusammen, in der vor allem auch die koalitionspolitische Lage in Preußen erörtert wurde. Abg. Dr. Graf berichtete über den Stand der mit den Nationalsozialisten geführten Koalitionsverhandlungen, die entgegen der ursprünglichen Annahme am Montag noch nicht zum Abschluß kamen, vielmehr am heutigen Dienstag fortgesetzt werden sollen. Beschlüsse wurden bisher nicht gefaßt.

Eränngasbomben im Warenhaus

Duisburg, 29. August. In den Geschäftsräumen des in der Münzstraße neuerrichteten Einheitspreisgeschäftes des Tiefkonzerns wurden von unbekanntem Täter Eränngasbomben geworfen. Unter dem Publikum und dem Personal entstand eine Panik, so daß der Betrieb für längere Zeit geschlossen werden mußte. Personen sind jedoch nicht zu Schaden gekommen.

Handel und Börse

Dresdener Börse vom 29. August. In Beachtung der Konjunktur-eröffnung die Börse in sehr fester Haltung. Da nur wenig Material herauskam, zeigte sich an allen Märkten eine stürmische Aufwärtsbewegung. Besonders fielen auf: Dittendorfer Zill mit einem Gewinn von 8, Deuffche Ton und Steinzeug 7, Hotel Bellevue 5, Chem. Herten 4,75, Schubert & Salzer 4,25, Berliner Kindl 10, Reichelbrau 4, Reinthal, Keromag je 4, Welfen 3,5, Somag, Mimosa, Meißner Ofen, Wanderer, Radeberger Exportbier 2,5 bis 3 Prozent Gewinn. Dresdener Albumin gewonnen 7 Prozent, die Genüsse pro Stück 21 RM, Dr. Katz plus 6,25, Berlin. Photo-Aktien plus 6 Prozent, Genüsse hierzu plus 25 RM. Von den Banken gewonnen Reichsbank 4, Braubank 2 Prozent. Anleihen freundlich, Pfandbriefe wenig beachtet, zum Teil sogar etwas nachgebend.

Dresdener Produktbörse vom 29. August. Weizen neuer 211-216; Roggen neuer jähl. 161-166; Futter- und Industrieerger 160-170; Wintergerste neue 154-162; Sommergerste jähl. 180-195; Hafer im. alter 100-108; Hafer im. neuer 142-150; Trodenstängel 9,50-9,70; Futtermehl 12,50-13,50; Weizenmehl 9,50-9,80; Roggenmehl 9,00-9,50; Kaiser-Auszug 39,50 bis 41,50; Bäckermundmehl 34,50-36,50; Inlandweizenmehl Auszug 37,25-39,25; Gerstlermülmehl 24-25,50; Weizenmehl 21-22,50; Roggenmehl Tape 60 Prozent 26,50-27,50.

Dresdener Schlachtviehmarkt vom 29. August. Antrieb: Ochsen 131, Bullen 220, Kühe 321, Kälber 89, Ferkel 33, Kalber 788, Schafe 599, Schweine 2330, zusammen 5209 Tiere. — Preis: Ochsen 1 33-35, do 2 30-34, do 3 28-32, do 4 21-25; Bullen 1 30-33, do 2 24-28, do 3 20-23; Kühe 1 28-32, do 2 22-27, do 3 15-21, do 4 10-14; Kälber 1 12-15, do 2 25-31; Ferkel ohne Kotz; Kälber 1 —, do 2 46-50, do 3 40-45, do 4 34-38; Schafe 1 —, do 2 36-40, do 3 30-35, do 4 25-29; Schweine 1 47, do 2 46-47, do 3 45-46, do 4 44-45, do 5 40-43, do 7 Säuen 40-43. Geschäftsgang: Ochsen, Bullen, Kühe und Kälber langsam, Kälber, Schafe und Schweine mittel. Ueberhand: Ochsen 9, Bullen 14, Kühe 22, Kälber 7, Schafe 45.

Sämtliche Zeitschriften

und zwar:

Illustrierte Zeitungen

Berliner, Münchner, Hamburger und Deutsche Illustrierte, Neue J.B. Weltspiegel, Neue Presse, Grüne Post, Illustr. Beobachter, Braune Post, Neues Deutschland, Zukunftskurier u.s.w.

Mode - Zeitungen

Alle Beyer, Vobach, Ullstein, Non-Modenhefte, Modenwelt, Modenschau, Elegante Mode, Wiener Reford, Bazar, Deutsche Modenzeitung, Praktische Damen- und Kindermode, Mode für Alle, Mode und Wäsche, Frauenfleiß, das Blatt der Hausfrau, Dresdener Hausfrau, Für's Haus, Daheim, Familien Hilfe, Feiernabend u.s.w.

Funk - Zeitungen

Funkpost, EuropaStunde, Mirag, Funk-Illustrierte, Sendung, Sieben Tage u.s.w.

Roman - Zeitungen u. Magazine

Scherl u. Ullstein Magazin, Uhu, Wahre Erzählungen und Geschichten, Wahre Detektiv, Rätselpost, Kreuzwort-Rätsel, Rätselzeitung, Neue Schlagertexte u.s.w.

Jederzeit lieferbar durch die

Buchhandlung Hermann Rühle.

Es ist das beste Buchdruckerei Hermann Rühle. wenn Sie Ihre Drucksachen bei mir anfertigen lassen. Schnellste und sauberste Ausführung



Rumbo Universal
das selbsttätige Waschmittel mit erhöhter Weich- u. Bleichkraft
mit dem gewinnbringenden Wertbon, der Ihren Hausschatz mühelos erneuert u. erweitert

12x im Jahr je 50 Handarbeiten
Vorlagen modernster Muster aller Techniken (viel Wäsche) in Bayers Monatsblatt für Handarbeit und Wäsche
zu jedem Heft Schnittbogen, Arbeitsbogen, Abplattmuster, monatlich 1 Heft für 70 Pf.
Überall erhältlich oder vom Verlag Otto Beyer dem Verlag für die Frau Leipzig C 1 / Weichstraße / Bayerhaus



Schenk bei jeder Gelegenheit ein gutes Buch

Sommer - Spielwaren
Sandformen
Eimer u. Schaufel
u. v. a. extra billig
Hermann Rühle Spiel- und Galanteriewaren

Neue ermäßigte Anzeigenpreise für den „Personal-Anzeiger des Daheim“
Unsere Geschäftsstelle die Buchhandlung Hermann Rühle vermittelt ohne Spesenauflage Anzeigen für das „Daheim“. Das Publikum hat nur nötig, die Anzeigen teile bei uns abzugeben und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.
Diese lauten:
Stellen-Angebote . . . jezt nur 90 Pf.
Stellen-Gefuche . . . jezt nur 67 Pf.
Sorgfältige K. Anzeigen (auch Heiratsanzeigen) 1.08 M. für die Zeile (1 Zeile = 7 Silben).
Die Geschäftsstelle
Buchhandlung H. Rühle, Ottendorf-Ohrilla.

Turnv. Jahn.
Ab Donnerstag, den 1. Sept. findet der Turnbetrieb für die Turner-Abteilungen in der Halle statt. Um regen Besuch der Turnstunden wird gebeten.
nur 30 Pf.
Eugen Martin, Dresdenstr.

Drachen
empfehl. Buchhdlg. Herm. Rühle.